

Der VIII. Parteitag der SED bezeichnete es als das Ziel der Politik der Partei „alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Das ist der Sinn des Sozialismus. Dafür arbeiten und kämpfen wir.“¹⁾ In Übereinstimmung mit den Erkenntnissen des XXIV. Parteitages der KPdSU beschloß der VIII. Parteitag der SED die Hauptaufgabe des Fünfjahresplans 1971-1975. Sie beinhaltet das Ziel unserer ökonomischen Tätigkeit in untrennbarer Einheit mit den Voraussetzungen, die zur Erreichung dieses Zieles geschaffen werden müssen, denn es kann nur das produziert werden, was vorher produziert wurde.

Die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus unseres Volkes (als Ziel) kann nur über die Steigerung der Arbeitsproduktivität als Hauptleistungsfaktor und ein kontinuierliches und stabiles Wirtschaftswachstum (als Mittel dazu) erreicht werden. Die sozialistische Wirtschaft ist das Mittel, dessen Zweck darin besteht, der besseren Bedürfnisbefriedigung der Menschen zu dienen. Auf der Grundlage einer planmäßig proportionalen Entwicklung unserer Volkswirtschaft ist für die Erhöhung der Effektivität der Produktion der Hauptweg ihre Intensivierung. Das heißt, wie Genosse Honecker dazu auf dem VIII. Parteitag der SED ausführte, „die Erzeugung zu steigern, indem wir die vorhandenen Produktionsanlagen und Gebäude besser nutzen und modernisieren, indem wir mit der gleichen Zahl von Arbeitskräften mehr produzieren.“²⁾

Hauptfaktoren zur Intensivierung
Die Hauptfaktoren zur Intensivierung sind:
- die Entwicklung von Wissenschaft und Technik,
- die Grundfonds- und die Materialökonomie sowie
- die optimale Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in der sozialistischen Industrie.

Die sozialistische Rationalisierung, im umfassenden Sinne als rationale Gestaltung der gesellschaftlichen Arbeit auf allen Gebieten, ist unter dem Gesichtspunkt der Intensivierung eine erstrangige politische Aufgabe von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Um eine leistungsfähige sozialistische Wirtschaft zu entwickeln, die den Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkedient, gilt es zunächst eine ganze Reihe außerordentlich komplizierter Probleme zu lösen. Bei ständig besserer Beherrschung der Dialektik von Ziel, Mittel und Resultat der sozialistischen Produktion erweitern sich von Jahr zu Jahr unsere ökonomischen Möglichkeiten.

Erläuterte statistische Angaben³⁾ sollen die Stabilität und Kontinuität der Entwicklung unserer Wirtschaft veranschaulichen, sollen aber auch zeigen, daß uns keine Wunschträume nützen, daß wir nie mehr verbrauchen können, als wir produzieren, daß das Wesen der sozialisti-

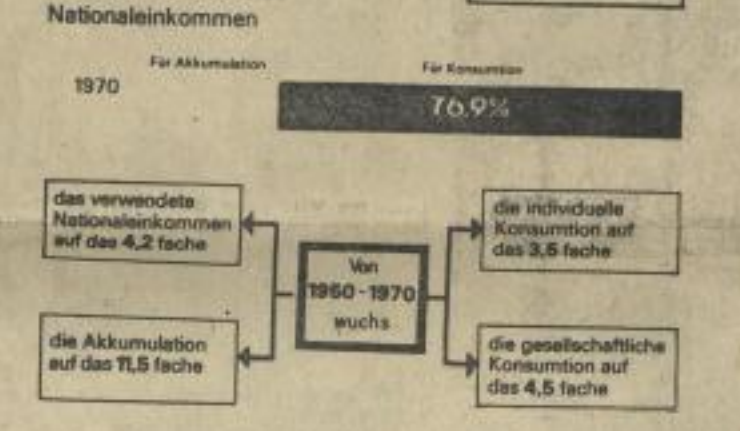
Dr. Hans Franke und Günter Schmidt, Sektion Politische Ökonomie:

Dialektik von Ziel, Mittel und Resultat der Produktion

UZ-REIHE: Politische Ökonomie des Sozialismus

10 Volkswirtschaft der DDR - stabil, leistungsstark und wachstumsorientiert

Die planmäßige Entwicklung des Nationaleinkommens - eine Grundbedingung für die kontinuierliche Erhöhung des Lebensniveaus



chen Wirtschaft durch die Planmäßigkeit ihrer Entwicklung charakterisiert ist, daß „außerplanmäßige Wunder“ die Stabilität unserer Entwicklung gefährden. (Siehe Abbildung links)

Ausgangspunkt der Planung und ökonomischer Wachstumsfaktor

Wenn auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU und dem VIII. Parteitag der SED die Bedürfnisse der Menschen als Punkt eins, als der entscheidende Ausgangspunkt für die Planung, bezeichnet wurde, so wird darin deutlich, daß es hier um die Schaffung von günstigen Bedingungen für die Entwicklung der Hauptproduktivkraft der Gesellschaft geht. Die Erhöhung des Lebensniveaus, der Umfang der Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen wird immer mehr selbst zu einem wichtigen ökonomischen Wachstumsfaktor der Produktion.

In der Hauptaufgabe und im Gesetz für den Fünfjahresplan 1971 bis 1975 ist das wirtschaftliche Programm für ein stabiles und kontinuierliches Wachstum enthalten, wie es auf dem VIII. Parteitag der SED vorgezeichnet wurde. Um das dort vorgegebene Schrittmäß zu erreichen, ist eine Phase der Konsolidierung vorgesehen, in der unter anderem vorhandene Disproportionen zwischen Energiebasis und Anforderungen der Volkswirtschaft sowie Zulieferindustrie und Finalproduktion abgebaut und reale, stabile Voraussetzungen für ein leistungsorientiertes Wachstum unserer Volkswirtschaft geschaffen werden.

Für eine stabile, kontinuierliche Entwicklung der Volkswirtschaft ist die bewußt gestaltete planmäßig proportionale Entwicklung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses von großer Bedeutung.

Ausgehend von den Bedürfnissen muß eine proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft die Übereinstimmung zwischen Produktionsstruktur und gesellschaftlichen Bedürfnissen sichern. Im gegebenen Planzeitraum müssen die von den verschiedenen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft hergestellten Gebrauchsgüter in Menge, Kosten, Qualität und Sortiment dem Bedarf entsprechen und realisiert werden.

Wir verstehen unter dem Realisierungsprozess den Vorgang im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess, der den Absatz der produzierten Erzeugnisse und deren gesellschaftliche und individuelle Konsumtion sichert und zugleich die Voraussetzungen für den kontinuierlichen Fortgang des Produktionsprozesses auf erweiterter Stufenleiter schafft.

Einheit von materieller und finanzieller Planung

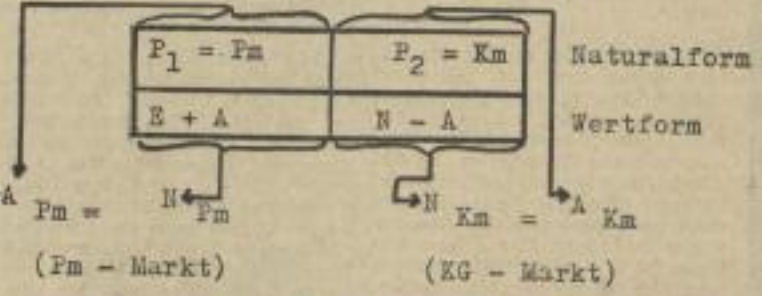
Im Volkswirtschaftsplan muß deshalb gewährleistet sein, daß jeder Teil des gesellschaftlichen Gesamtproduktes sowohl seiner Wertform als auch seiner Naturalform nach den ihn ersetzenden anderen Teil

der gesellschaftlichen Gesamtproduktes verfindet. Auf dieser politökonomischen Erkenntnis beruht die grundlegende Forderung des VIII. Parteitages der SED nach Gewährleistung der Einheit von materieller und finanzieller Planung bei der weiteren Vervollkommnung des sozialistischen Planungssystems.

Das Gleichgewicht innerhalb einer Volkswirtschaft kann nur dann stabil gehalten werden, wenn alle Teile des gesellschaftlichen Gesamtproduktes wertmäßig und stofflich realisiert werden.

Am Beispiel der Beziehungen zwischen beiden Hauptabteilungen der gesellschaftlichen Produktion, - der Abteilung I = Produktionsmittel produzierende Abteilung und der Abteilung II = Konsumtionsmittel produzierende Abteilung - soll dieser Zusammenhang dargestellt werden.

Für die erweiterte Reproduktion gilt die folgende Ungleichung:
 $N_1 > Z_1$



Das Gleichgewicht ist dann gewahrt, wenn zwischen Angebot und Nachfrage (APm/NPm; AKm/NKm) vom Umfang, der Struktur und der Qualität her eine Übereinstimmung besteht. Die Aufgabe des Volkswirtschaftsplanes besteht deshalb darin, ausgehend von den Bedürfnissen der Bevölkerung, den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess in seiner Ganzheit und seinen Verflechtungen so zu erfassen, daß Bedarf, Produktionskapazitäten und Ressourcen ausbalanciert und damit eine möglichst reibungslose Realisierung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes in seiner Natural- und Wertform gesichert ist.

Es handelt sich hierbei jedoch um sehr komplizierte und vielfältige Beziehungen, deren Beherrschung vor allem eine Vervollkommnung des Bilanzsystems und der Bilanzierungsmethoden als Hauptinstrument der Planung erfordert.

Grundvoraussetzungen für die stabile, kontinuierliche und planmäßige Wirtschaftsentwicklung

Eine realistische Einschätzung unserer materiellen, finanziellen und Arbeitskräfteressourcen, die Berücksichtigung der Möglichkeiten und Erfordernisse der sozialistischen ökonomischen Integration und der effektiven Einsatz der vorhandenen Ressourcen sind Grundvoraussetzungen für eine stabile, kontinuierliche und planmäßige Entwicklung unserer Wirtschaft. Die Gestaltung des Tempos unseres Wirtschafts-

N_1 = Nationaleinkommen der Abteilung I
 Z_1 = Ersatzfonds der Abteilung II

Aus dieser Ungleichung wird sichtbar, daß die erweiterte Reproduktion durch produktive Akkumulation in beiden Abteilungen ($A = A_1 + A_2$) charakterisiert ist.

Das Produkt der Abteilung I (P_1) muß stofflich den Ersatz für die verbrauchten Produktionsmittel in beiden Abteilungen ($Z_1 + Z_2 = Z$) und die Produktionsmittel für die erweiterte Reproduktion (A) bereitstellen.

Durch das Produkt der Abteilung II (P_2) müssen soviel Konsumgüter bereitgestellt werden, daß der Lohn der produktiv Tätigen und das um die Akkumulation verminderte Reineinkommen realisiert werden können. Graphisch können diese Beziehungen zwischen beiden Abteilungen wie folgt (stark vereinfacht) dargestellt werden:

wachstums kann nicht von subjektiven Vorstellungen und Wünschen bestimmt werden. Das Niveau der Bedürfnisbefriedigung ist abhängig vom Niveau der Arbeitsproduktivität als dem Hauptwachstumsfaktor des Nationaleinkommens. Entsprechend dem Hauptanteil der Arbeiterklasse bei der Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums ist die Befriedigung ihrer Bedürfnisse eine vorrangige Aufgabe bei der Verwendung des Nationaleinkommens. Genosse Honecker führte auf der 4. Tagung des ZK aus: „Auf dem VIII. Parteitag haben wir gesagt, daß wir für unser Programm auf die Initiative der arbeitenden Menschen zählen. Also planen wir so, daß die materiellen Bedingungen für die Wirksamkeit dieser Masseninitiative nachdrücklich verbessert werden.“⁴⁾ Die Wahrung von Kontinuität und Stabilität der Entwicklung unserer Wirtschaft auf der Grundlage der bewußten Ausnutzung der objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus, insbesondere des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft hat dabei hervorragende Bedeutung.

1) Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED, Bundesrat der DDR, Genosse Erich Honecker, Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 1.
2) Ebenda, S. 45.
3) Arbeitsmaterial zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971-1975.
4) Honecker, E.: Zu aktuellen Fragen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages, Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 27.

Eine marxistisch-leninistische Analyse imperialistischer „Integrations“politik, wie sie in den vorangegangenen Folgen dieser Artikelserie versucht wurde, erhebt den Nachweis, daß diese Politik, wie die imperialistische Politik insgesamt, von tiefgreifenden, für die Bourgeoisie unlöslichen Widersprüchen gekennzeichnet ist. Sie belegt zugleich, daß, so vielfältig diese Widersprüche auch sein mögen, sie sich in ihrem Kern alle auf den Grundwiderspruch des kapitalistischen Systems, den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Anlagung zurückführen lassen.

Die Perspektivlosigkeit imperialistischer „Integrations“politik

Von Dr. phil. Siegfried Zeimer, Institut für internationale Studien / Schluß

sich daher im Lichte der marxistisch-leninistischen Analyse als eine spezifische Form des Klassenkampfes.
Da eine der Hauptaufgaben der „Integrations“politik darin besteht, die günstigsten sozialen und politischen Bedingungen für die Maximierung von Monopolprofiten zu schaffen, trägt diese Politik darüber hinaus objektiv dazu bei, den Grundwiderspruch und damit die sozialen und politischen Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft zu vertiefen und die Polarisierung zwischen der imperialistischen Bourgeoisie und der Masse des Volkes weiter voranzutreiben. „Integrations“politik und Profitmaximierung bedingen also einander, haben im Grunde das gleiche Ziel: Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, die wiederum den Grundwiderspruch des kapitalistischen Gesellschaft und deren soziale Konflikte weiter zuspitzt. Gleichzeitig aber soll eben mit Hilfe dieser „Integrations“politik erreicht werden, daß der Klassenkampf als objektive Gesetzmäßigkeit der Ausbeuterordnung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht offen sichtbar wird, die Ausbeuteten vielmehr aktiv zur Stabilisierung der Ausbeuterhältnisse beitragen. Dieser Widerspruch zwischen objektiver Wirklichkeit und subjektivem Willen bestimmt Inhalt, Formen, Methoden und Wirkungsmöglichkeit imperialistischer „Integrations“politik.

Bei allen Teilerfolgen, die ihr in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen auch beschließen sein mögen, findet sie vor allem im Wirken des Grundwiderspruchs unter den Bedingungen der allgemei-

nen Krise des Kapitalismus und die bereits zu Beginn der sechziger Jahre schärfer zutage tretenden Widersprüche des kapitalistischen Systems insgesamt, die durch Labilität der Wirtschaft und Gesellschaft, Aggressivität, Kulturverfall, soziale Unsicherheit und Menschenfeindlichkeit nur grob gekennzeichnet sind, ihre objektiven Grenzen.
Machtvolle Kampffaktionen der Metallarbeiter

Auf dem Boden dieser Entwicklung brachen in der BRD trotz intensiver Integrationsbestrebungen, verbunden mit massiven Drohungen der Monopole und ihrer politischen Repräsentanten, insbesondere auch zu Beginn der siebziger Jahre die seitweilig verdeckten Widersprüche und Konflikte - teilweise spontan und für die Bourgeoisie überraschend - offen aus. Das Klima in den Klassenbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit war rauer geworden, schätzte Herbert Nies, Stellvertretender Vorsitzender der DKP, die neue Lage ein.¹⁾ In den ersten drei Quartalen des Jahres 1971 hatten bereits etwa 200.000 Arbeiter an Streikaktionen in der BRD teilgenommen. Schließlich kam es dann in den letzten Monaten des Jahres 1971 zu einer harten Auseinandersetzung zwischen der Industrieverwaltung und Metall, die auf Grund der unannehmbaren Haltung der Monopole in machtvolle Kampffaktionen der Metallarbeiter umschlug.

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Diese fundamentale Erkenntnis, von der Marx und

Engels in ihrem „Kommunistischen Manifest“ ausgingen, bestätigt sich - trotz aller imperialistischer Integrationsbestrebungen - auch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der BRD ständig aufs neue. Dem Streik der Metallarbeiter begegnete die Unternehmervelt mit dem Terror der Aussperrung. Dies war zugleich das offene Eingeständnis der Monopolbourgeoisie, daß ihr die objektiven Grenzen ihrer „Integrations“politik deutlich zu werden begannen. Diese Einsicht bewog sie offensichtlich dazu, offen zu den „Klassen“ Mitteln ihres Unterdrückungsrepertoires zu greifen und die von ihr sonst genährte Illusion „sozialpartnerschaftlicher“ Klassenharmonie, wenn auch nur zeitweilig, platzen zu lassen. Die mit der „Integrations“politik verbundene demagogische Verbrämung imperialistischer Unterdrückungspositionen wurde von den Monopolen bedenkenlos aufgegeben, als der damit beabsichtigte „Erfolg“ zweifelhaft erschien. In dem Maße, wie sich diese Erkenntnis auch im Bewußtsein der Werktätigen durchzusetzen beginnt, nehmen die Kampffaktionen der Arbeiter, die zunächst mit ausgesprochen ökonomischer Zielsetzung geführt wurden, einen politischen Charakter an. Die Kampfverfahren der Arbeiterklasse hatten sich in diesen Auseinandersetzungen gestärkt, ihr Klassenbewußtsein war weiter gefestigt worden. All das übte vor allem auf die jüngeren Arbeiter einen großen erzieherischen Einfluß aus.

Die zumindest in der Tendenz sichtbar werdende Verknüpfung des ökonomischen Kampfes mit poli-

„Reform“- und „Integrations“politik des Monopolkapitals - Methode des Betrugs, der Versprechungen und der Zugeständnisse im Unwesentlichen, um die Herrschaft des Großkapitals zu erhalten (DKP)

litischen Forderungen macht deutlich, daß die Grenzen imperialistischer „Integrations“politik zunehmend auch durch den entschlossenen Kampf der Arbeiterklasse gesetzt werden. Diese Entwicklung bekräftigt zugleich, daß die Einschätzung im Rechenschaftsbericht der KPdSU an den XXIV. Parteitag sich für die BRD voll zutrifft: „Die Ergebnisse der letzten fünf Jahre in der kapitalistischen Welt bestätigen voll und ganz die Bedeutung der Arbeiterklasse als wichtigster und stärkster Gegner der Macht der Monopole, als Zentrum für die Sammlung aller antimperialistischen Kräfte.“²⁾

DKP - bewußter Träger des gesellschaftlichen Fortschritts

Der bisherige Verlauf der imperialistischen „Integrations“politik in der BRD sowie die mehr oder weniger spontan geführten Kampffaktionen der Arbeiter und der anderen demokratischen Kräfte, sieht zuletzt aber auch die erkennbaren neuen Entwicklungstendenzen in den Klassenauseinandersetzungen lassen eines klar erkennen: Die komplizierte Entwicklung in der BRD, der erfahrene Gegner und der langwierige antimperialistische Kampf erfordern ein klares Programm mit einem realen festen Ziel, um sich in der tagtäglichen Auseinandersetzung taktisch richtig zu verhalten. Sie verlangen vor allem, wie es Lenin formulierte, einen „bewußten Träger“ des gesellschaftlichen Fortschritts.³⁾ Dieser bewußte Träger ist in der BRD die Deutsche Kommunistische Partei. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, die die Existenz von Klassen und Klassen-

kampf verneinen, daher auch den Zusammenhang von Klassen und Parteien und deren Rolle als Vertreter und Repräsentanten dieser Klassen leugnen, bekennt sich die DKP offen als Klassenpartei, als Partei der Arbeiterklasse, versteht sie sich, wie Friedrich Engels forderte, als „eigene, unabhängige und allen bürgerlichen Parteien entgegen gesetzte“⁴⁾ revolutionäre Partei. „Sie ist es... durch ihre Klassenfunktion, ihr Programm, ihre Praxis und ihre soziale Zusammensetzung, die vor allem von Arbeitern bestimmt wird.“⁵⁾ In der politischen Tätigkeit dieser auf den theoretischen und praktischen Grundlagen der Lehren von Marx, Engels und Lenin stehenden Kampfpartei der Arbeiterklasse liegt die feste Zuversicht begründet, daß alle mit der imperialistischen „Integrations“politik verbundenen Bestrebungen, die Arbeiterklasse der BRD ideologisch zu entwerfen, politisch zu unterwerfen und sie fest in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem einzunähen, hoffnungslos zum Scheitern verurteilt sind.

1) H. Nies, Der Lohnkampf 70 war Klassenkampf, in: Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, Heft 1/1971, S. 6.
2) Rechenschaftsbericht des ZK an den XXIV. Parteitag der KPdSU, Moskau, Berlin 1971, S. 24.
3) W. I. Lenin, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, in: Werke, Bd. 7, Berlin 1971, S. 212.
4) Brief Engels an K. Kautsky vom 4. September 1891, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 38, Berlin 1962, S. 46.
5) H. Nies, Die DKP - Partei der Arbeiterklasse, in: Blätter, Berlin, Heft 1/71, S. 128.